



---

## Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

11. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

6. März 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.35 Uhr bis 11.55 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuß setzt einvernehmlich die Punkte "Weitere Erkenntnisse zu dem 'Blutskandal' an den Düsseldorfer Universitätskliniken" und "START Zeitarbeit NRW" von der Tagesordnung ab.

(Kein Diskussionsprotokoll)

---

<sup>\*)</sup> öffentlicher Teil siehe APr 12/210

**1 Durch "Mobilzeit" Arbeit familienfreundlicher und umweltgerechter gestalten**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/314  
Vorlage 12/378

Dieser Punkt wird in öffentlicher Sitzung behandelt; siehe dazu das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung APr 12/210.

**2 Gesetz zur Umsetzung des Pflege-Versicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen - PFG NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/194  
Vorlage 12/510

Der Ausschuß stimmt über die von den Fraktionen zu dem Gesetzentwurf eingebrachten Änderungsanträge ab; siehe dazu die Beschlußempfehlung des Ausschusses Drucksache 12/760.

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an und benennt Abgeordneten Champignon (SPD) als Berichterstatter.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

**3 Gesetz zur Änderung der Zuständigkeit für den Bergmannsversorgungsschein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/569  
Vorlage 12/509

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

(Siehe auch Diskussionsprotokoll, Seite 7)

\*\*\*\*\*

die argumentiert hätten, wenn die Länder ihrer Verpflichtung im Hinblick auf die duale Finanzierung nicht nachkämen, werde die zweite Stufe nicht in Kraft treten. Er sei froh darüber, daß inzwischen von einem Junktum zwischen dem Inkrafttreten der zweiten Stufe und entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen Abstand genommen worden sei, weil so der Streit auf dem Rücken der Pflegebedürftigen ausgetragen worden wäre. Dennoch müsse gesehen werden, daß die Länder, die sich wie Nordrhein-Westfalen verhielten, nicht vertragstreu handelten; es würden mehr Menschen zur Kasse gebeten, als das bei Einhaltung der Vereinbarungen der Fall gewesen wäre, und das werde er in der Plenardebatte auch noch einmal deutlich machen.

### 3 Gesetz zur Änderung der Zuständigkeit für den Bergmannsversorgungsschein

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/569

Vorlage 12/509

**Vorsitzender Bodo Champignon** schickt voraus, den Gesetzentwurf habe das Plenum nach der ersten Lesung am 24. Januar an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge - federführend - sowie an den Ausschuß für Grubensicherheit überwiesen. Der letztere habe den Gesetzentwurf am 2. Februar einstimmig in der Fassung des Regierungsentwurfs angenommen. Die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses liege mit der Vorlage 12/509 vor.

**Helmut Harbich (CDU)** signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Er wolle bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern, daß man schon in den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre immer wieder die Existenzberechtigung bestimmter Oberbehörden angesprochen habe, die nach Auffassung der CDU-Fraktion eigentlich woanders eingegliedert werden müßten. Die Landesregierung sollte diesen Gesetzentwurf zum Anlaß nehmen, zu dieser Frage nochmals in eine Prüfung einzutreten.

Ergebnis siehe Beschlußteil, Seite II.

gez. Bodo Champignon

Vorsitzender

14.03.1996/14.03.1996

215